



**Markus Grübel MdB**  
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ +49 (0) 30 227 71 973

📠 +49 (0) 30 227 76 964

✉ markus.gruebel@bundestag.de

**Markus Grübel: SPD im Bund dagegen und im Land dafür?  
CDU/CSU möchte Umsatzsteuersatz von 7 % in der Gastronomie  
erhalten. Steuererhöhung würde Gastronomie schwer belasten.**  
(Esslinger Zeitung vom 15.07.2023, S. 16)

Berlin, 18.07.2023

Die angespannte Personalsituation und Preissteigerungen belasten die Gastronomie schwer. Man kann dies an eingeschränkten Öffnungszeiten und Gaststättenschließungen erkennen. Höhere Preise können kaum an die Kunden weitergegeben werden.

Ginge es nach CDU und CSU, sollte daher der niedrige Umsatzsteuersatz von 7 % erhalten bleiben. Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hatte im Februar einen Entwurf zu Änderung des Umsatzsteuergesetzes eingebracht, wonach eine dauerhafte Entfristung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Speisen festgesetzt werden sollte. Ohne diese Regelung würde der Umsatzsteuersatz 2024 wieder auf 19 % steigen und damit der Gaststättenbesuch erheblich teurer.

Die SPD hat diesen Gesetzentwurf zusammen mit ihren Ampel-Koalitionären von FDP und den Grünen im Juni im zuständigen Ausschuss abgelehnt. Die SPD im Baden-Württembergischen Landtag fordert jetzt, die Umsatzsteuer in der Gastronomie über 2023 hinaus auf dem niedrigen Satz von 7 % zu belassen.

Der Mehrwertsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen ist, mit Ausnahme der Abgabe von Getränken, am 1. Juli 2020 von 19 auf 7 % herabgesetzt worden. Ziel war, die negativen

**PRESSMITTEILUNG**



Markus Grübel MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ +49 (0) 30 227 71 973

📠 +49 (0) 30 227 76 964

✉ markus.gruebel@bundestag.de

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gastronomiebranche abzufedern. Der niedrige Mehrwertsteuersatz gilt derzeit bis Ende 2023.

„Die Nachwirkungen der Pandemie sind in der Gastronomie immer noch zu spüren. Dazu kommt die hohe Inflation“, sagt der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel. „Ein Auslaufen des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes würde zudem eine klare Wettbewerbsbenachteiligung der deutschen Gastronomie innerhalb Europas bedeuten. Denn 23 der 27 EU-Mitgliedstaaten gewähren ihrer Gastronomie einen ermäßigten Steuersatz.“, so Grübel weiter.

„Dass die SPD auf Landesebene fordert, was sie im Bund - wo in diesem Fall entschieden wird - ablehnt, ist nicht verständlich.“, findet Markus Grübel. „Die SPD im Land sollte also die SPD im Bund auffordern, ihre Meinung zu ändern. Wir sollten eine Lösung im Sinne der Gastronomie in Deutschland finden. Die Union ist dazu bereit.“

**PRESSMITTEILUNG**